

# Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

## **Meilensteine für den Weg aus der Systemkrise: Wirtschaftspolitische Akzente jetzt und nach Corona**

3. Dezember 2020, 10.00 Uhr

Die Corona-Krise hat die seit langem anwachsenden Probleme wie Arbeitslosigkeit, Prekariat, Sozialabbau, Ungleichheit, Zukunftsangst und Nationalpopulismus unübersehbar gemacht. Ein „Wertewandel“ brach aus: Statt Eigennutz, Konkurrenzfähigkeit und „mehr privat, weniger Staat“ samt Sozialabbau durch Sparpolitik zählen jetzt Solidarität, Zusammenstehen, Mitverantwortung und viel mehr Staat („koste es, was es wolle“).

„Wir können nicht weiter machen wie bisher!“ Dieser Konsens verbreitert sich, allerdings umfasst er EU-feindliche Nationalpopulisten, EU-freundliche Sozialstaats-Anhänger, Umweltschützer aller Art, aber auch die großen internationalen Institutionen wie IWF, OECD, EU-Kommission, EZB und selbst die transnationalen Konzerne (siehe die Position des „Weltwirtschaftsforums“). Wohin die Reise gehen soll, darüber gibt es keinen Konsens.

Während sich die deutsche Regierung ins Lager der Befürworter gemeinsamer wirtschaftspolitischer Ansätze bewegt hat, glauben die Regierungen Österreichs und der Niederlande weiter an Austerität und nationale Eigenverantwortung. Doch in der laufenden zweiten Infektionswelle erweist sich das Beharren auf tradierten Budgetregeln, wettbewerbsfördernden Strukturreformen und konditionierter Solidarität als Bremsklotz einer nachhaltigen Wirtschaftserholung.

Im Mediengespräch stellen renommierte Ökonomen fiskalpolitische Meilensteine vor, wie Wege aus der tiefen, durch die Covid-19-Pandemie verschärften Systemkrise aussehen könnten. Dabei wird das Augenmerk auch darauf gerichtet, dass in einer Welt der grenzüberschreitenden Herausforderungen diese nur transnational koordiniert sinnvoll bearbeitet werden können. Die EU wird in diesem Zusammenhang als existierender und ausbaufähiger Rahmen zur Krisenbewältigung betrachtet.

### **Inputs:**

[Prof. Dr. Björn Hacker](#) (Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin): **Nachhaltig aus der Pandemie wachsen: Alternativen zu nationalen Alleingängen und Austerität**

[Mag. Dr. Stephan Schulmeister](#) (Wirtschaftsforscher und Universitätslektor): **Konkrete Projekte zum nachhaltigen Weg aus der Krise**

**Moderation:** [Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Springler](#) (FH des BFI Wien | Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

# Abstracts der Inputs

## **Prof. Dr. Björn Hacker: Nachhaltig aus der Pandemie wachsen: Alternativen zu nationalen Alleingängen und Austerität**

Die Europäische Union hat sich in der Covid-19-Pandemie gegen die anfänglich sichtbaren nationalen Reflexe (Grenzschließungen, Exportverbote für medizinisches Material u.a.) durchgesetzt. Seit April 2020 hat die Orchestrierung eines paneuropäischen Krisenmanagements an Fahrt aufgenommen und ihren vorläufigen Höhepunkt mit den Gipfelbeschlüssen des Europäischen Rats zum Aufbauprogramm Next Generation EU im Juli 2020 erreicht. Die getroffenen Beschlüsse, die sich zurzeit im Legislativverfahren zwischen Rat und Parlament befinden, sind nicht nur denkwürdig durch die viertägige Mammutsitzung der Staats- und Regierungschefs auf dem steinigen Weg zu einem Kompromiss, sie leuchten auch Möglichkeiten und Herausforderungen des gemeinsamen Krisenmanagements aus. Einerseits gelingt es der EU überkommene Tabus der Wirtschaftspolitik zu überwinden, andererseits ist die neue wirtschaftspolitische Linie mitnichten überall akzeptiert.

Aus dem Missmanagement der Eurokrise ab 2010 hat man in Brüssel und Straßburg die (Lesern von Keynes Schriften wohlbekannte) Lehre gezogen, dass die Austeritätspolitik nicht wirtschaftliche Erholung bringt, sondern den Abschwung befeuert. Die strenge Konditionalisierung von Kredithilfen für Mitgliedstaaten in Refinanzierungsproblemen über die europäischen Rettungsschirme zeigt sich in der Rückschau nicht als Akt der Solidarität zur Erzielung neuer ökonomischer Prosperität. Vielmehr führte eine ideologische Orientierung an Budgetregeln und marktfreundlichen Strukturreformen in eine verlorene Dekade – für das Wirtschaftswachstum, für den sozialen Fortschritt und für den politischen Zusammenhalt. Anders in der aktuellen Krise: Mit den Plänen für nicht rückzuzahlende Zuschüsse aus einer Schuldenaufnahme der EU, ihrer erst langfristig anstehenden Tilgung durch eine europäische Steuer, der Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und dem neuen Instrument zur Stärkung von Kurzarbeitsregeln (SURE) wird zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ein neuer Ansatz gewählt. Dieser bewegt sich deutlich weg von neoklassischen Überzeugungen und stellt den Grad der Hilfsbedürftigkeit der Mitgliedstaaten ebenso ins Zentrum wie die wirtschaftspolitische Gemeinschaftsanstrengung zur Linderung der Krise.

Möglich wurde dieser neue Ansatz durch den Seitenwechsel der deutschen Bundesregierung vom Klassenprimus der Befürworter einer Stabilitätsunion ins Lager der vom französischen Präsidenten angeführten Anhänger einer Fiskalunion. Diese beiden Konzepte für die in der Eurokrise sichtbar gewordene Notwendigkeit einer Reform der Wirtschafts- und Währungsunion stehen sich bisher ungelöst und kontrovers gegenüber. Mit Next Generation EU betrifft dieser Konflikt um den Aufbau einer die Anstrengungen der Mitgliedstaaten ergänzenden europäischen Wirtschaftspolitik nun die gesamte Union. Die „Sparsamen Fünf“ – Österreich, die Niederlande sowie die drei skandinavischen EU-Staaten bestanden auf einer Reduzierung der Zuschüsse im avisierten 750 Mrd. Euro-Paket zugunsten konditionierter Kredite, sperrten sich lange gegen das Konzept fiskalischer Transfers in der EU. Der Bundeskanzler Österreichs, Sebastian Kurz, betonte nach dem Juli-Gipfel die zeitliche Befristung und Einmaligkeit der beschlossenen Maßnahmen. Der Wunsch zur raschen Rückkehr in eine fiskalpolitische „Normalität“ der Zeit vor der Pandemie ist bei einigen politischen Akteuren groß. Die Diskussionen um eine Wiedereinsetzung des Stabilitätspaktes haben bereits begonnen. In der Realität zeigt sich aber, wie wenig das funktionieren kann: Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben bereits angekündigt, sich nur für

die Zuschüsse, nicht aber für den Kreditteil des Konjunkturpakets zu bewerben. Damit könnte der fiskalische Impuls aber zu gering ausfallen, um den gewünschten Effekt einer nachhaltigen Konjunkturbelebung der EU in den kommenden drei Jahren zu gewährleisten. Dies ist besonders kritisch zu sehen angesichts der aktuellen zweiten Infektionswelle, da die mit ihr einhergehenden regionalen Lockdowns zu einem erneuten heftigen Einbruch des Wirtschaftswachstums führen könnten (Double-Dip-Rezession). Die EU kann aus der Krise in ruhigere ökonomische Fahrwasser kommen, wenn drei Einsichten beherzigt werden:

1. **Die EU ist Teil der Lösung, nicht das Problem der Krise.** Die Pandemie ist der jüngste Beweis, wie grenzüberschreitend viele Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind. Gesundheitsprävention, fiskalisches Krisenmanagement, Klima- und Umweltschutz, Migrationspolitik, Finanzmarktregulierung oder Terrorismusbekämpfung funktioniert nicht im nationalen Alleingang. Nur wo die „Weltrisikogesellschaft“ (Ulrich Beck) noch verneint wird, versucht man transnationalen Herausforderungen national zu begegnen.
2. **Neue Herausforderungen bedürfen alternativer Herangehensweisen.** In der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. haben sich die Europäer zu schnell von den Programmen der Nachfragestützung verabschiedet. In der Eurokrise 2010ff. wurde mit klassischen marktliberalen Konzepten experimentiert, durch die nicht nur die Krisenstaaten ökonomisch weit zurückgeworfen wurden. Statt Angst vor Schuldenbergen zu schüren, geht es jetzt um Konjunkturbelebung und Zukunftsinvestitionen.
3. **Eine Rückkehr zur fiskalpolitischen „Normalität“ vor der Krise kann es nicht geben.** Die Regulierung der Finanzmärkte wurde von den Europäern ebenso auf die lange Bank geschoben, wie die Reform der Währungsunion. Der Aufbaufonds muss als Nukleus einer gemeinsamen Fiskalkapazität dienen und ein überarbeiteter Stabilitäts- und Wachstumspakt rechnet soziale und ökologische Investitionen nicht auf die Budgetdefizite an. Als Ziel steht eine aggregierte europäische Wirtschaftspolitik.

---

## **Dr. Stephan Schulmeister: Konkrete Projekte zum nachhaltigen Weg aus der Krise**

Hier sollen einige Großprojekte skizziert werden, welche die Realwirtschaft beleben und einen Kurswechsel in Richtung auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaft einleiten.

### **Energetische Generalsanierung des Gebäudebestands am Beispiel Österreichs**

Die Regierung legt ein Sonderprogramm vor zur Umwandlung von Gebäuden in Stromproduzenten (hier am Beispiel von Einfamilienhäusern). Bei Durchschnittskosten von etwa 60.000 € pro Sanierung (je 20.000 € für Dämmung, Photovoltaik samt Stromspeicher und Wärmepumpe) und 150.000 Sanierungen pro Jahr ergäbe sich ein Investitionsvolumen von 9 Mrd. €. Dadurch würde das BIP - unter Berücksichtigung der Multiplikator- und Importeffekte - um zumindest 10 Mrd. € oder 2,5% gesteigert und zwar für etwa 10 Jahre. Angesichts der Krise leistet die Regierung einen Zuschuss von 30% der Kosten. Der Rest kann mit Krediten zu „Mini-Zinsen“ leicht finanziert werden (hypothekarisch gesichert, wenn nötig).

Um ein so gewaltiges Investitionsvolumen tatsächlich zu generieren, braucht es zusätzlich eine Kampagne „mit langem Atem“: Österreich geht voran bei der konsequenten Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und schafft dadurch gleichzeitig „flächendeckend“ zusätzliche Arbeitsplätze und damit auch Zuversicht. Die ökologische Erneuerung muss zum

(Dauer)Thema gemacht werden, von den Medien bis zu den Stammtischen, auch durch Wettbewerbe samt Preisen für die innovativsten Lösungen, Einbindung von Unternehmen, Kommunen, Banken auf regionaler Ebene, etc.). Es würde sich etwas bewegen im ganzen Land, wovon nicht nur das (mittelbetriebliche) Bau- und Installationsgewerbe sowie die Dämmstoffproduzenten profitieren, sondern auch der lokale Einzelhandel und die Gastronomie.

Die Einzelprojekte könnten technisch und finanziell durch örtliche Banken und Sparkassen abgewickelt werden (Kostenvoranschläge, Finanzpläne, etc.). Die durch die zusätzliche Produktion generierten Steuereinnahmen wären höher als der Förderbetrag. Überdies könnte so das im Regierungsprogramm verankerte Ziel, bis 2030 1 Mill. Dächer mit PV-Anlagen auszustatten, leicht erreicht werden (bisher ist man vom dafür nötigen Pfad weit entfernt).

Voraussetzung für eine erfolgreiche Mobilisierung: Die Schaffung eines einheitlichen Fördersystems für die Gesamtanierung von Gebäuden sowie für Teilsanierungen. Derzeit werden die vier Komponenten (Dämmung, PV-Anlagen, Speicher, Wärmepumpen) in den neun Bundesländern unterschiedlich gefördert (36 verschiedene Förderungen.....).

### **Sonstige Projekte zur Verbesserung der ökologischen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Lage**

Erstens: Schaffung eines transeuropäischen Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge. Die Umsetzung dieses „Jahrhundert-Projekts“ ist Voraussetzung für eine radikale Einschränkung des Flugverkehrs. Als erster Schritt sollte die bestehende Schieneninfrastruktur für Langstreckenverbindungen besser genutzt werden, insbesondere durch Nachtzüge mit angenehmen Abteilen (Doppelbetten statt Schlafkojen, etc.).

Zweitens: Umstellung auf Elektroautos im Individualverkehr. Zu diesem Zweck sollte geprüft werden, ob die Einführung von Standardbatterien in der EU und ihr Austausch durch Roboter auf den bisherigen Tankstellen nicht kostengünstiger, bequemer und umweltschonender wäre (insbesondere im Hinblick auf ihr Recycling) als der derzeitige „Wildwuchs“.

Drittens: Übergang zu Wasserstofftechnologien in den energieintensivsten Industrien (Stahl, Papier, Grundstoffchemie, Baustoffe) sowie im LKW-Verkehr.

Viertens: Investitionen in öffentliche Nahverkehrssysteme.

Fünftens: Alle diese Projekte können nur umgesetzt werden, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, insbesondere durch Photovoltaik und Windkraftwerke, massiv ausgebaut wird.

### **Projekte zur Verbesserung der sozialen Nachhaltigkeit**

Ausbau des Sozialstaats in den Bereichen Bildung (Gratiskindergarten, Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten, „Ent-Ökonomisierung“), Wohnen (Vorrang für öffentliches Grundstückeigentum in Städten, sozialer Wohnbau), Beschäftigung (Reduktion prekärer Jobs, Arbeitszeitverkürzung durch neue Modelle), Altersvorsorge (Forcierung der sozialstaatlichen Pension), Pflege (24h-Pflegerinnen anstellen statt der – gesetzwidrigen - Scheinselbständigkeit).

### **Festlegung eines stetig steigenden Preispfads für fossile Energie**

Welche Preissignale braucht eine stetige Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen? Die sichere Erwartung aller Akteure, dass deren Kosten permanent steigen (deren Vermeidung macht Emissionseinsparungen profitabel). Da die Preise fossiler Energie sowie der CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte enorm schwanken, können weder CO<sub>2</sub>-Steuern noch der Emissionshandel diese Erwartungen verankern.

Ein konkretes Beispiel: Allein in den vergangenen 12 Jahren ist der Dieselpreis drei Mal um mehr als 30% gefallen, obwohl die Mineralölsteuer die CO<sub>2</sub>-Emissionen (implizit) mit 180 € je Tonne besteuert. Denn der Ölpreis ist drei Mal noch viel massiver eingebrochen (Abbildung

1). Ihr jüngster Verfall macht nicht nur Investitionen in CO<sub>2</sub>-Reduzierungen nachträglich unrentabel und den Kauf von SUVs etc. wieder attraktiv.

Wie könnte ein steigender Pfad der fossilen Energiepreise erreicht werden? Statt den CO<sub>2</sub>-Gehalt von Öl, Kohle und Erdgas zu besteuern, sollte die EU einen Pfad mit stetig steigenden Preisen für diese Energieträger (zunächst für etwa 20 Jahre) festlegen und die Differenz zwischen dem EU-Zielpreis und dem jeweiligen Weltmarktpreis durch eine monatlich angepasste Mengensteuer abschöpfen.

Hier ein Gedankenexperiment am Beispiel von Rohöl. Am 1. Januar 2006 trat in der EU die folgende Regelung in Kraft: Auf Basis des (damals) aktuellen Ölpreis von 52,0 € wäre der innerhalb der EU gültige Preis auf einem vorgegebenen Pfad um 5% pro Jahr gestiegen. Zwischen März 2012 und Januar 2016 fielen der Ölpreis von 95,0 auf 28,3 € und der Dieselpreis in Deutschland von 1,52 auf 0,99 € (Abbildung 1). Der EU-Richtpreis für Öl läge jedoch bei 84,8 €. Für Februar 2016 würde die EU-Energiesteuer somit 56,5 € pro Barrel betragen, etwa das Doppelte der Ölrechnung.

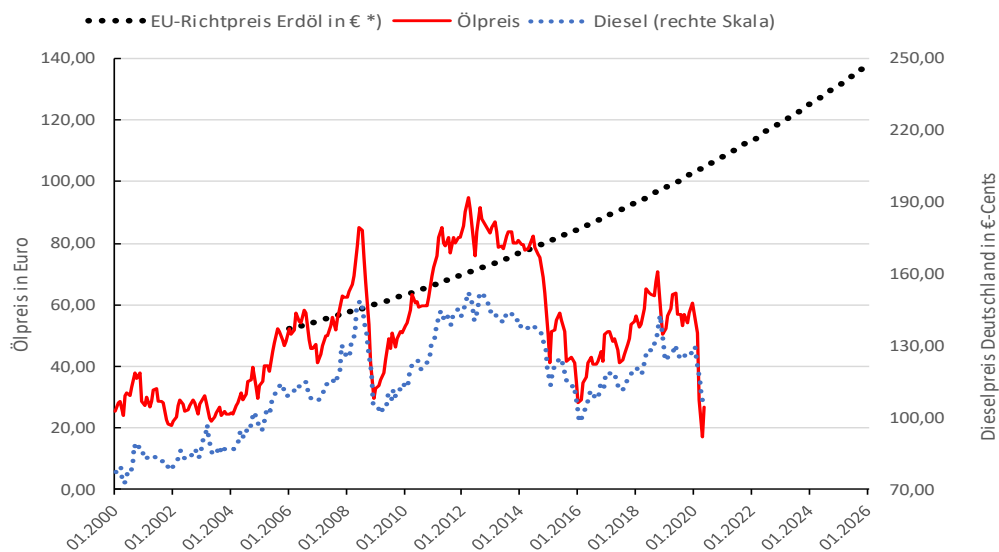
Wenn man bedenkt, dass die EU im Jahr 2016 insgesamt 415 Mrd. € für Energieimporte zahlen musste, wird deutlich: Eine solche Energiesteuer könnte langfristig (je nach "Startpreis") mehr als 500 Mrd. € pro Jahr einbringen.

Technisch wäre die Umsetzung einer solchen flexiblen Mengensteuer einfach: Ausgehend von der Differenz zwischen dem EU-Zielpreis und dem Weltmarktpreis wird die im Folgemonat gültige Steuer pro Mengeneinheit Öl, Kohle und Erdgas von der EU-Kommission festgelegt und in den Mitgliedstaaten von den Produzenten und Importeuren fossiler Energie eingehoben.

So kann ein „green growth“ gelingen: Die ökologischen Investitionen schaffen ein merkliches Wirtschaftswachstum und der – nach Bedarf angepasste – Preispfad fossiler Energie begrenzt die „Rebound-Effekte“, also die zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen als Folge des Einkommenswachstums.

## Anhang

Abbildung 1: Anreizsystem zur CO<sub>2</sub>-Reduktion – Markt versus Preispfad



\*) Erdöl verteuert sich um 3 Prozentpunkte stärker als die Zielinflation von 2%, also um 5% pro Jahr.

## Über die Expert\*innen

**[Prof. Dr. Björn Hacker](#)** ist Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin. Er forscht zur ökonomischen und politischen Integration der EU, zuletzt zur Relevanz sozialpolitischer Governance durch die Europäische Säule sozialer Rechte. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik e.V. Zuletzt erschien von ihm „Weniger Markt, mehr Politik. Europa rehabilitieren“ (J.H.W. Dietz: Bonn). – [bjoern.hacker@htw-berlin.de](mailto:bjoern.hacker@htw-berlin.de)

**[Dr. Stephan Schulmeister](#)** ist selbständiger Wirtschaftsforscher und Universitätslektor, er forscht über Finanzspekulation, ihre Auswirkungen auf die Abfolgen von „Bullen- und Bärenmärkten“ von Wechselkursen, Zinssätzen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen und ihre Folgen für die Realwirtschaft. Sein jüngstes Buch ist „Der Weg zur Prosperität“, Salzburg, 2018. – [stephan.schulmeister@wifo-pens.at](mailto:stephan.schulmeister@wifo-pens.at) | +43-664-5009757

**[Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Elisabeth Springler](#)** ist Ökonomin, Studiengangsleiterin und Professorin an der Fachhochschule für Wirtschaft, Management und Finance bfi Wien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen, Makroökonomie, Geldtheorie und -politik, Wohnungswirtschaft und Europäische Integration. Sie ist Mitglied im österreichischen Fiskalrat (FISK), sowie im Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG). [elisabeth.springler@fh-vie.ac.at](mailto:elisabeth.springler@fh-vie.ac.at)

## Kontakt für Rückfragen

### **Dr. Manfred Krenn**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

T: +43-1-31336 5604 | M: +43-677-620 44 3

E: [krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

W: <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

### **Nina Spurny, BA MA**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

M: +43 660 34 37 35 9

E: [spurny@diskurs-wissenschaftsnetz.at](mailto:spurny@diskurs-wissenschaftsnetz.at)

### **Dr. Alexander Behr**

*Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*

M: +43 650-34 38 37 8

E: [alexander.behr@univie.ac.at](mailto:alexander.behr@univie.ac.at)

## Über Diskurs

***Diskurs. Das Wissenschaftsnetz*** ist eine Initiative von Wissenschaftler\*innen, die dafür eintritt, dass wissenschaftliche Erkenntnisse ihre Bedeutung für den öffentlichen Diskurs und für politische Entscheidungen (wieder)erlangen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website.